

Shinzō Abe und das Ende der Reformpolitik¹

Shinzō Abe and the End of
Reform Policies

Albrecht Rothacher

This article reviews Shinzō Abe's record of implementing his announced continuation of Jun'ichirō Koizumi's reform policies. Visible progress is almost exclusively limited towards budget consolidation of central government finances and to preparations for an eventual revision of the constitution. In all other fields in need of political reform (deregulation and liberalization of protected sectors, political decentralization, reintegration of the segmented labour market, demographic revival, pension and health sector reform, a more equitable tax system, more effective education and research policies etc.) pious declarations apart, tangible results have been few. The reasons for Japan's reform fatigue are seen to lie in the general sense of return to normalcy since moderate economic growth has resumed since 2003. The highly unequal distribution of the costs of crisis rehabilitation during the »lost decade« of 1992–2002 has given reform and restructuring a bad name. Administrative and corporate habits are gradually reverting to pre-crisis ways. This is aided by Shinzō Abe's »princely« political biography as a third generation politician with no ministerial experience, his lack of economic policy interests and his consensual political instincts.

1. Die in diesem Artikel enthaltenen Wertungen entsprechen ausschließlich den persönlichen Überzeugungen des Autors.

1 Einleitung: Ende der Krise, Ende des Reformbedarfs?

Seit 2002 wächst die japanische Wirtschaft wieder um 2–3%. Die Arbeitslosigkeit sank von 5,4% (2002) auf 3,8% (2007). Die Nationalbank verkündete das Ende von Deflation und Nullzinspolitik. Offiziell beträgt die Inflation 0,1%. Der Mindestzinssatz seit Februar 2007 0,5%. Die meisten Großunternehmen schreiben wieder schwarze Zahlen. Die am effektivsten restrukturierten Flaggschiffe – Toyota, Honda, Yamaha, Kyocera, Canon – machen historische Rekordgewinne. Die Großbanken haben ihre faulen Schuldenberge abgearbeitet. Der TOPIX als Aktienindex der führenden japanischen Unternehmen stieg wieder auf ein 15-Jahreshoch. Erste Anzeichen eines Baubooms und anziehender Immobilienpreise sind in Tokyo und anderen Metropolen sichtbar (NAKAMOTO 2007a).

Shinzō Abe war im September 2006 mit dem Versprechen angetreten, den umfassenden Reformkurs seines Vorgängers Jun'ichirō Koizumi (2001 bis 2006) fortzusetzen. Außer rhetorischen Pflichtübungen und einer verringerten Neuverschuldung im Haushalt der Fiskaljahre 2007/2008 ist von einer echten Reformpolitik jedoch kaum etwas zu spüren.

Ist mit dem vorläufigen Ende der Deflationskrise der Jahre 1992 bis 2002 auch der Reformbedarf erledigt? Erschöpft sich die Reformpolitik Shinzō Abes in außenpolitischen Reparaturen und in patriotischer Symbolpolitik? Welche Motive leiten den neuen Premier? Kann der aktuelle Kurs der einseitigen Wirtschaftsförderung nachhaltig sein? Diesen Fragen wird im Folgenden nachgegangen.

2 Reformbedarf nach der Krise

Nach den Turbulenzen der Krisendekade, die u. a. vier von sechs *keiretsu* Konzerngruppen und sieben von elf Großbanken verschwinden ließ, das lebenslange Beschäftigungssystem und senioritätsorientierte Karrieremuster aufkündigte, viele Präfekturen wirtschaftlich verödete, das Wahlrecht grundsätzlich veränderte, die Linksparteien vernichtete und sechs Ministerien fusionierte, lässt sich die Reformmüdigkeit der überlebenden politischen Klasse und ihre Sehnsucht nach einem ruhigeren Fahrwasser und vorhersehbaren Karrieren nachvollziehen. Auch in der Bevölkerung haben die Termini *kaikaku* (Reform) und *resutora* (Restrukturierung) einen schlechten Ruf. Sie werden für die wachsenden sozialen Disparitäten durch den rapiden Anstieg prekärer, schlecht bezahlter Teilzeitarbeitsverhältnisse (32% der Gesamtbeschäftigung), massenhafte Freisetzungen, den sozialen »Tod« der lebenslangen Angestellten, der sprichwörtlichen *salarymen*, und die gekürzten

Renten und staatlichen Dienstleistungen verantwortlich gemacht (BERNDT 2007: 396). So wuchs im traditionell egalitär-mittelschichtenorientierten *chūryū* Japan nicht nur der die soziale Ungleichheit messende Gini-Koeffizient binnen 15 Jahren mit offiziell 0,5 (MATSUBARA 2006) auf anglo-amerikanische Dimensionen. Auch orten sich selbst nach Umfragen des NHK mittlerweile 35% der Japaner als Unterschichtler bzw. Angehörige der unteren Mittelschicht ein (PILLING 2006a). 74% der Japaner sehen die zunehmenden Einkommensdisparitäten als wachsendes Problem an (ASAHI SHINBUN 2006a). Dies ist das Ergebnis der seit 1997 rückläufigen Haushaltseinkommen durch Teilzeitkarrieren, eingefrorener Löhne, ausbleibender Zinseinkünfte, der Kürzungen bei Boni und Überstundenzahlungen und des Zuwachses an Rentnern und Frührentnern mit niedrigen und gekürzten Pensionen (TACHIBANAKI 1998; SATŌ 2000). Entsprechend reduzierten sich die Aspirationsniveaus und wandeln sich die Werte der betroffenen, oft als leistungs- und willenschwach gesehenen jüngeren Generation (MIURA 2005).

Als Ergebnis stagniert die Binnennachfrage in Japan weiterhin. Abgesehen von der Schickeria von Roppongi und der Gruppe der *parasite singles*, junger unverheirateter berufstätiger Frauen, die noch bei ihren Eltern leben, erhöhen die Durchschnittsjapaner weiter ihre Rücklagen für soziale und gesundheitliche Notfälle und für das Alter. Das Wirtschaftswachstum ist seit 2002 ausschließlich in der Außenachfrage (USA, China, EU) begründet und vom niedrigsten Yen-Kurs seit 1985 beflügelt. Dieser Yen-Kurs wurde von der Bank of Japan durch massive US-Dollar-Käufe nach unten manipuliert (MATSUBARA 2006). Seither wird der Yen-Kurs (im Juni 2007 bei Yen 125 zum US-Dollar, und Yen 165 zum Euro) durch gehebelte Währungsanlagen, die sogenannten *carry trades*, niedrig gehalten. Ausländische Investoren nehmen Yen-Anleihen auf und tauschen sie in höherverzinsliche Fremdwährungspapiere um. Japanische Sparer profitieren von dem Zinsdifferential, indem sie Zertifikate ausländischer Rentenfonds erwerben. Jedesmal werden Yen verkauft. Bei einer Umkehrung der *carry trades* kann also der Yen-Kurs durch massenhafte Yen-Käufe sehr schnell in die Höhe schnellen (CHUNG 2007; DIE PRESSE 2007). Je stärker sich ein Massenpublikum, das im Sommer 2007 auch sich verschuldende Rentner und Hausfrauen erfasste, an solchen hochspekulativen Operationen beteiligt, einschließlich mit Geldanlagen in hochverzinslichen Exoten wie der türkischen Lira, isländischen Kronen und brasilianischen Reais, desto dramatischer fallen in der Regel die unvermeidlichen panikartigen Gegenreaktionen am Ende einer Spekulationsphase aus. Bei einem jederzeit möglichen Konjunktureenbruch in den Zielmärkten oder einem Ende des Währungsdumpings droht dann dem zarten japanischen Wachstumspflänzchen ein jähes Ende.

Zur Stärkung seiner Nachhaltigkeit bedarf es wachsender Realeinkommen der Haushalte und ein verlässliches soziales Netz, welches das nur allzu sichtbare Risiko, eines Tages in den blauen Zeltstädten der Stadtparks und in den Kartonwohnungen der Bahnunterführungen zu enden, ausschaltet. Zum besseren sozialen Ausgleich wäre neben der Vollintegration der Teilzeitkräfte in einen einheitlichen Arbeitsmarkt zusätzlich die Reform des Steuersystems in Gestalt progressiverer Einkommensteuern vonnöten (OECD 2006: 124–59).

Aufgrund der seit 2005 jährlich um 0,7% abnehmenden Zahlen der Erwerbstätigen, müsste die Produktivität zusätzlich steigen, um Wachstum zu ermöglichen (KATZ 2006). Die Vorsitzende des Rates für Wirtschafts- und Steuerpolitik beim Premierminister, Hiroko Ōta, bekundete, wegen der sinkenden Bevölkerungszahl müsse das Wachstum von derzeit 2% binnen 5 Jahren auf 3% jährlich steigen (ŌTA 2007). Produktivitätsreserven sind vor allem in den bislang geschützten Sektoren zu finden: bei Banken und Versicherungen, der öffentlichen Verwaltung, im Handel, beim Baugewerbe, beim Transportwesen, in der Landwirtschaft und Nahrungsmittelindustrie.

Gerade im geschützten Agrarbereich mit seinen vor- und nachgelagerten Sektoren wird die hochsubventionierte Kapitalvernichtung schon seit Jahrzehnten unbeirrt verfolgt (ROTHACHER 1989: 32–89 und 1992: 64–75). Auch um Tokyo im Wettbewerb mit Hongkong, Singapur und Schanghai als internationales Finanzzentrum in der gleichen Zeitzone zu stärken, sind weitere kostensenkende Deregulierungen dringend nötig. So ist die Zahl der an der Börse von Tokyo gehandelten ausländischen Aktiengesellschaften von 125 (1990) auf derzeit 25 gefallen. So wird der japanische Finanzmarkt international zunehmend uninteressant für die Kapitalbeschaffung. Von Beteiligungsgesellschaften wird er ohnehin weitgehend gemieden. Für japanische Kapitaleigner schwinden attraktive Anlagemöglichkeiten vor Ort (NAKAMOTO 2007c). Die Notwendigkeit von mehr Wettbewerb und ausländischem Engagement im Finanzsektor wird auch von der Finanzdienstleistungsgattung gesehen (YAMAMOTO 2003).

Japan steckt zwar 3% seines BIP in staatlich geförderte F&E. Doch scheitert die effiziente Umsetzung oft an unvereinbaren Firmenstandards – etwa in den Kommunikationstechnologien (MÜLLER und SEIBERT 2006: 205–6) – an bürokratischen Hürden und mangelnder Wissenschafts-Industrietransfers, und dies trotz massiver teurerer Wissenseinkäufe z. B. in den Biotechnologien (WALKE 2006: 97). Auch in den Nanotechnologien liegen die USA trotz annähernd gleich hoher Investitionen bei Patenten weit vorne (WIECZOREK 2006: 148). Der Reformbedarf liegt trotz hoher Subventionen klar in der mangelhaften kooperativen Forschungsorganisation.

Die bevorstehende demographische Katastrophe Japans ist oft beschrieben worden. Vom derzeitigen Scheitelpunkt von 127,6 Millionen wird die Bevölkerung um 2050 100 Millionen unterschreiten. Ob die Japaner um das Jahr 3200 aussterben werden, ist natürlich noch nicht ausgemacht (und wird mutmaßlich unserer Kenntnis entzogen bleiben). In jedem Fall haben Wirtschaft und Staat für berufstätige Mütter (ebenso wie in Deutschland) das Kinderkriegen denkbar unattraktiv gemacht: durch den Zwang der Aufgabe von Dauerarbeitsplätzen in der Wirtschaft, den Zwang zu Überstunden, mangelnde Kinderbetreuungsstellen, die Diskriminierung lediger Mütter, knappem Kindergeld und nur teilweise bezahlten Mutterschaftsurlaub und der Kosten für die Schwangerschaft und Entbindung, sowie einem Steuersystem, das arbeitende Paare bestraft (COOKSON 2006). Dazu kommt nicht zuletzt ein abschreckend hoher außerschulischer Ausbildungs-, Ausstattungs- und Unterhaltungsaufwand, der um die wenigen verwöhnten Kinder getrieben wird. So wurde bei einem nationalen Durchschnitt von 1,25 die Geburtenrate von einem Kind pro Frau in Tokyo bereits unterschritten (LEON-DUFOUR 2006).

Trotz aktueller Kürzungen der Renten (von 59% auf 50% des Grundgehalts), höherer Beitragssätze (von 13,6% graduell auf 18,3%) und eines höheren Renteneintrittsalters (von 60 auf 65 Jahre), dürften mit der beginnenden Verrentung der geburtenstarken Nachkriegsjahrgänge weitere Einschnitte und höhere Beiträge unabdingbar werden. Bis 2010 werden allein 10 Millionen (14% der Erwerbstätigen) pensioniert (IWASAKI 2006). 2016 wird die Zahl der Rentner 32 Millionen betragen.

Japans Schulen werden einmal mehr von einer jener periodischen Wellen von Schülerselbstmorden heimgesucht, deren Auslöser oft Hänseleien und Psychoterror (*ijime*) der Mitschüler sind. Von Lehrern und Eltern ignoriert, fühlen sich diese Schüler allein gelassen (SANCHANTA 2006a). Auf fallende Standards der staatlichen Oberschulen, die mehr und mehr bürokratisiert werden, erfolgt als staatliches Patentrezept nur die Stärkung der patriotischen Erziehung (PILLING 2006b).

Zu den Reformen der 1990er Jahre zählt ein Dezentralisierungsgesetz, das theoretisch den japanischen Zentralstaat durch die funktionale Stärkung von Gemeinden und Präfekturen umorganisiert hätte (FOLJANTY-JOST 2006: 77), wären ihnen nicht die nötigen institutionellen und finanziellen Kompetenzen, einschließlich steuerlicher Ermächtigungen, vorenthalten worden (YAMAGUCHI 2001: 71). Eine endemische Subventionsmentalität und Staatsgarantien für Schulden haben eine oft unverantwortliche Ausgabenpolitik mitverursacht. So beträgt die Verschuldung der japanischen Gebietskörperschaften 1.350 Milliarden Euro, die 34% des BIP entsprechen (PILLING 2006c). Trotz der massiven Ausgabenprogramme leidet die japanische Provinz sichtbar an ihrer wirtschaftlichen Auszehrung: dem Verlust von

vier Millionen produktiven Industriearbeitsplätzen, denen Arbeitsplatzgewinne nur in den Dienstleistungen in den Metropolen gegenüberstehen (ECONOMIST INTELLIGENCE UNIT 2006).

Bekanntlich hatten die gescheiterten Reflationierungsprogramme der 1990er Jahre, die das Land mit unnützer Infrastruktur zubetonierten, die öffentlichen Haushalte mit einem Schuldenstand von astronomischen 5,500 Milliarden Euro, die 180% des BIP entsprechen, und einer aktuellen Neuverschuldung (2006/2007) in Höhe von 6,5% des BIP ruiniert. (Zum Vergleich: die maximalen Maastrichtkriterien des Euro: 60% bzw. 3% des BIP). Ein leichtes Einbremsen der Neuverschuldung auf mutmaßlich knapp 5% des BIP ist im Haushalt des Fiskaljahres 2007/2008 nunmehr sichtbar.

Schließlich ist auch in der Wirtschaft der Reform- und Restrukturierungsprozess längst noch nicht abgeschlossen. Die Bankenfusionen sind nach wie vor eher additiver Natur. Auch andere Fusionen dienen eher der Herstellung von Marktmacht und reduzieren den Wettbewerb (KATZ 2006). Das Gros der Konzerne spart zwar Personalkosten durch Freisetzungen und Lohnkürzungen, ist aber häufig heillos diversifiziert (ROTHACHER 2007a: 4) und von billigem, nahezu zinsfreiem Kapital verführt, erneut mit geringer Rentabilität überinvestiert (PLENDER 2007).

Der nicht ganz widerspruchsfreie Reformbedarf ist also gewaltig: Er betrifft die Stärkung der Realeinkommen, die soziale Sicherung, Produktivitätserhöhungen in den Dienstleistungen und geschützten Industrien, die effizientere Umsetzung von Forschungsleistungen, die Förderung berufstätiger Mütter und ihrer Kinder, menschenfreundlichere Schulen, fortgesetzte Rentenreformen, regionale und kommunale Finanzkompetenzen zur Revitalisierung der Kleinstädte und Provinzen, die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte und nicht zuletzt weitere effizienzorientierte und fokussierte Unternehmensrestrukturierungen.

3 Die politische Biographie Shinzō Abes

Wie die meisten LDP-Politiker seiner Generation stammt Shinzō Abe aus einer politischen Dynastie. Er ist der Sohn von Außenminister Shintarō Abe (1982–1986), dessen früherer Krebstod 1991 verhindert hat, als langjähriger Chef der rechtsliberalen Fukuda-Fraktion selbst Premierminister zu werden. Das war für den Sohn, der vom Vater den tradierten Wahlkreis in Yamaguchi, dem historischen Sitz des Chōshu Klans, erbte, dann Verpflichtung. Shinzō Abes Großvater mütterlicherseits war Nobusuke Kishi, der in Tojos Kriegskabinett Rüstungs- und Wirtschaftsminister war, Japans Albert Speer sozusagen. Während Speer in Spandau einsaß, konnte

Kishi nach dem Friedensvertrag von San Francisco 1951 seine politische Laufbahn fortsetzen und selbst Premierminister werden (1957–1960). Kishis Bruder und Abes Großonkel, der spätere Friedensnobelpreisträger Eisaku Satō – dessen Karriere von Kishi nach Kräften gefördert worden war – wurde dann Japans längstdienender Nachkriegspremier (1964–1972). Weil sich der 1954 geborene Abe stets nur lobend über seinen tüchtigen Großvater äußerte, genügte dies französischen Zeitschriften, ihn sogleich als »japanischen Le Pen« zu beschimpfen. Oft wird dabei übersehen, dass sein Großvater väterlicherseits, Kan Abe, 1942 als erklärter Gegner der Militärs in das Parlament gewählt worden war. Allerdings starb Kan Abe bereits 1946. Kishi lebte noch bis 1987 und hatte auf Abe Junior einen eingestanden nachhaltigen Einfluss (ASAHI SHINBUN 2006b).

Nach seinem Politikstudium an der Seikei Universität verbrachte Abe ein Jahr (ohne Abschluss) an der University of Southern California, um anschließend drei Jahre als Angestellter bei Kobe Steel zu wirken. Nach jenem Ausflug in die freie Stahlwirtschaft arbeitete Abe ab 1982 als persönlicher Assistent seines Vaters. Nach der Wahl ins Unterhaus 1993, diente er den aus der gleichen Fraktion stammenden Premierministern Yoshirō Mori und Jun'ichirō Koizumi ab 2000 erst als stellvertretender, später als voller Chief Cabinet Secretary, eines Kanzleramtsministers, sowie als Regierungssprecher und kurzzeitig als LDP-Generalsekretär. Als er im September 2006 mit 53 Jahren als jüngster Premier Japans Koizumis Nachfolge ohne nennenswerte Schwierigkeiten antreten konnte, verfügte er folglich über reichlich Stabs- und Assistenzerfahrungen (CURTIS 2006). Jedoch hatte er im Gegensatz zu seinen Vorgängern noch nie ein Ministerium geleitet, oder sonst nennenswerte Fachkompetenzen unter Beweis stellen müssen. Profiliert hatte er sich in den Jahren 2000 bis 2002 mit einer harten öffentlichen Linie in der Frage der nach Nordkorea entführten Japaner, einem hochemotionalen Thema, bei dem er im Gegensatz zu den Bedenkenträgern des Außenministeriums sowohl hohe Sympathiewerte in der Bevölkerung als auch die Freiheit der überlebenden Entführten gewann. In seinem weitverbreiteten Buch *utsukushii kuni e* (Zu einem schönen Land) rief Abe 2006 zu einer patriotischen Erziehung der Jugend auf und warb um die Revision der von den Amerikanern 1946 geschriebenen Verfassung, besonders von Artikel 9, der mit seinem staatlichen Gewaltverzicht die Wiederbewaffnung und Verteidigung Japans eigentlich verbietet. Dies sind Standardforderungen der japanischen Konservativen, die mittlerweile – wenngleich auch ohne große Dringlichkeit – mehrheitsfähig geworden sind. Programmatisch hat sich Abe in den Wochen vor seiner Wahl nur in nichtssagenden Gemeinplätzen zur wünschenswerten Fortführung der Reformpolitik Koizumis, des sozialen Ausgleichs und der Haushaltskonsolidierung geäußert (WALSH 2006; CURTIS 2006). In seinen Berufungen in die Schlüsselstellungen der

Parteiführung und des Kabinetts – auch durch die Wiederbestellung von Tarō Asō als nationalbewussten Außenminister – versuchte er einmal mehr, sowohl konservative Ideologen, wirtschaftsliberale Reformer und all jene Fraktionsführer zu befriedigen, denen er seine Wahl zu verdanken hatte. Das altbekannte Konsensprinzip aus der Vor-Koizumi Ära feierte wieder ein Stelldichein. Dies schlägt sich auch in der Rhetorik des Premiers nieder, wie seine telegene Frau Akie der Financial Times berichtete: »*He has been known as a politician who spoke his mind strongly but, since he's become prime minister, that characteristic has been diluted.*« (PILLING 2007e)

4 Die Politik der Regierung Abe

Bei seiner Wahl im September 2006 erhielt Abe trotz einer international schlechten Presse, die ihn als gefährlichen Nationalisten denunzierte (WALSH 2006), Zustimmungsraten von 70%, die jedoch im Verlauf weniger Monate auf 40% im März 2007 bröckelten. Teilweise ist dies der natürlichen Erosion der Amtsinhaberschaft, die kaum einen japanischen Premier je verschonte, und dem im Vergleich zu dem konfliktbereiten Medienstar Koizumi wenig charismatischen und traditionalistisch-nichtssagenden Politikstil Abes geschuldet. Hinzu kamen die üblichen Affären und Affärchen. Im Dezember 2006 mussten ein Staatsminister, Gen'ichiro Sada (für die Verwaltungsreform) und der Kommissionsvorsitzende Masaaki Honma (für die Steuerreform) zurücktreten, weil sie Steuergelder bzw. eine öffentliche Wohnung für private Zwecke missbraucht hatten. Gesundheitsminister Yanagisawa verärgerte Wählerinnen, als er Frauen als ungenügend produktive Gebärmaschinen bezeichnete. Dazu kam einer der üblichen Skandale um getürkte Ausschreibungen (*dango*) für öffentliche Bauprojekte ans Tageslicht (NAKAMOTO 2007b). Landwirtschaftsminister Toshikatsu Matsuoka beging im Mai 2007 Selbstmord, als nicht gemeldete Spenden von Firmen, die von einer mit seinem Ministerium verbundenen Agentur (»J-Green«) bei getürkten Ausschreibungen begünstigt worden waren, sowie betrügerische Bürokostenabrechnungen ans Tageslicht kamen. Sein Nachfolger Norihiko Akagi wurde wegen finanzieller Unregelmäßigkeiten zu einer Dauerbelastung im Oberhaus-Wahlkampf. Im Juli 2007 musste Verteidigungsminister Fumio Kyuma zurücktreten, weil er öffentlich die US-Kriegspropagandalinie nachgebetet hatte, die Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki seien zur Beendigung des Zweiten Weltkriegs notwendig gewesen (PILLING 2007f). Verheerender war, dass Abe für die Wirtschafts- und Verwaltungsreformen seiner Vorgänger weder Interesse noch Führung zeigte und statt dessen alle Themen ohne Zielvorgaben an Kommissionen und Unterausschüsse verwieß. Da passte ins Bild, dass Abe die von

Koizumi im Sommer 2005 spektakulär verstoßenen und gegen seinen Widerstand als Unabhängige wiedergewählten elf Rebellen gegen die Postprivatisierung wieder in die Partei holte. Ein machtpolitisch kluger Schachzug, zumal er Schwergewichte wie Kamei Shizuka (der seinen Wahlkreis in Hiroshima gegen den von Koizumi favorisierten Internet-Schwindler Takafumi Horie unschwer verteidigen konnte) rehabilitierte, der jedoch als Rückkehr der alten Garde wahrgenommen wurde und letztendlich als PR-Desaster nach hinten losging. Dramatisch allerdings kippte das Meinungsklima erst im Mai mit Zustimmungsraten unter 30%, als sich herausstellte, dass die mit dem Gesundheits- und Sozialministerium affilierte Sozialversicherungsagentur die Unterlagen für 50 Millionen Rentenversicherungen unauffindbar verloren hatte.

Es half Abe wenig, dass er die unter Koizumi stark belasteten Beziehungen zu China und Südkorea durch eine entsprechende Besuchsdiplomatie und die richtigen symbolischen Gesten wieder ins Lot brachte. Listenreich hatte er seinen jährlichen Besuch am Yasukuni-Schrein für die japanischen Kriegstoten vier Wochen vor seiner Wahl zum Premier absolviert, so dass die übliche, politisch instrumentalisierte Empörung der Nachbarn diesmal ausblieb.

Die meisten japanischen Premiers der letzten zwei Jahrzehnte werden heute nach ihren Reformprojekten rubriziert und bewertet. Dazu zählen:

- Yasuhiro Nakasone (1982–87): Bahn- und Telekomprivatisierung
- Morihiro Hosokawa (1993–94): Wahlrechtsreform
- Tomiichi Murayama (1994–96): Dezentralisierung
- Ryūtarō Hashimoto (1996–98): Stärkung des Amtes des Premierministers (*shushō kantei*)
- Yoshirō Mori (2000–01): Fusion der Ministerien
- Jun'ichirō Koizumi (2001–06): Postprivatisierung.

Abe sieht nach seinen bisherigen Verlautbarungen seine historische Rolle in der Verfassungsreform (MALLET 2007), ein zweifellos jahrelanges Projekt, das wegen der nötigen parlamentarischen Zweidrittelmehrheit die Zustimmung der – im Prinzip aufgeschlossenen – oppositionellen Demokraten (DPJ) und des Koalitionspartners, der buddhistischen Neuen Kōmeitō, bedarf. Ein Gesetz, das die Modalitäten für Verfassungsänderungen präzisiert (einschließlich eines Referendums, bei dem alle Japaner über 18 wahlberechtigt sind), wurde im Frühjahr 2007 in beiden Häusern beschlossen und tritt 2010 in Kraft. Doch bleibt die Verfassungsreform ein Thema, das außerhalb der politischen und medial-intellektuellen Klassen in Japan wenige Zeitgenossen in rasende Erregung versetzt (NEIDHART 2007a). Stattdessen bewegen die japanischen Wähler soziale und wirtschaftliche Brot-, Butter- und

Zukunftsthemen, wie die ungesicherten Pensionen, die Kosten der Gesundheitsversorgung, die wachsende soziale Ungleichheit, die rückläufigen Familieneinkommen, die Verödung der Provinzen, eine ausgewogenere Steuerlast, sowie Lösungen für die Krisen der Schulen und der sich abzeichnenden demographischen Katastrophe (PILLING 2007a; KINGSTON 2007). Themen, an denen Abe kein erkennbares Interesse zeigt. Für Yasuhiro Nakasone – bekanntlich kein Freund der Fukuda-Abe-Mori-Fraktion – ist Abe daher schon jetzt »*long on rhetoric, short on substance*« (JAPAN TIMES 2007).

Ein stärkeres Interesse zeigt Abe an der Stärkung der Kompetenzen des *kantei* gegenüber den Fachministerien, mit Plänen für eine Richtlinienkompetenz seiner beigeordneten Ministerialdirigenten (*kaunsera, counsellors*) und der Schaffung eines nationalen Sicherheitsrats nach US-amerikanischem Muster (KANEDA 2006). Die Umbenennung und Aufwertung des Verteidigungsamtes zu einem vollgültigen Ministerium im Januar 2007 mit vermehrten Haushalts- und Entscheidungsbefugnissen war noch unter Koizumi beschlossen worden.

Als Zukunftsthema kündigte Abe im Januar 2007 »Innovation 25«, die staatliche Forschungs- und Entwicklungsförderungen bis zum Jahr 2025 an. In der nunmehr dritten Phase dieses Forschungsrahmenprogramms (die ersten zwei Programme laufen seit Mitte der 1990er Jahre) sollen jährlich zusammen mit Hochschulen und der Industrie mit 100 Milliarden Euro die üblichen Verdächtigen (Mikro-, Bio-, Nano-, IT- und Umwelttechnologien) gefördert werden (FINSTERBUSCH 2006a). Wie die Umsetzung zu höherer Innovation und Wachstum erfolgen soll, bleibt weiterhin unklar (FLYNN 2007).

Auch zur Förderung der Geburtenzahlen wurde ein drittes Fünfjahresprogramm aufgelegt, das einmal mehr Mütter die bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie ermöglichen soll. Allerdings hat der Druck der Regierung bewirkt, dass bei den Tarifabschlüssen 2007 einzelne Großfirmen (Matsushita, NTT, Canon) ihre Kinderzulagen erhöhten oder flexiblere Freistellungen für Väter und Mütter sowie bezahlten Mutterschaftsurlaub einführten. Dieser Großmut ist mutmaßlich ihrem Unwillen geschuldet, linearen Lohnerhöhungen zuzustimmen (TURNER 2007).

Mit ihrem Wunsch nach Reallohnsteigerungen bei der Lohnrunde im Frühjahr 2007 (die den Wahlaussichten Abes bei den Oberhauswahlen 2007 sehr geholfen hätten) blitzte die Regierung beim Unternehmerverband Nippon Keidanren ebenso ab (PILLING 2007b) wie mit dem im Februar 2007 bei der Nationalbank nachdrücklich deponierten Wunsch, den Mindestzinssatz bei 0,25% zu belassen (PILLING 2007c). Für die Bank of Japan war die Rückkehr zur Normalität und eine leichte Einbremsung der Billigkredite wichtiger, als den japanischen Unternehmen

die Furcht vor neuen Fixkosten zu nehmen. Ihre hohen Gewinne teilten sie lieber mit den Belegschaften in Gestalt unverbindlicher Zulagen und Einmalzahlungen.

Um der abnehmenden Wettbewerbskraft des Finanzdienstleistungszentrums Tokyo entgegenzuwirken, ließ Abe von der Finanzaufsichtsbehörde (FSA) prüfen, ob die strenge Trennung des Banken- und Wertpapiergeschäfts nicht gelockert werden könne (NAKAMOTO 2007d). Vom europäischen Universalbankensystem dürften die – bislang noch unbekannt – Reformideen der FSA in jedem Fall noch weit entfernt bleiben.

Bei den Beschlüssen um eine fortgesetzte Zweckbindung der Straßensteuern (einschließlich Mineralölsteuer) erlitten die Reformer jedoch ihre bislang bitterste Niederlage gegen die Baulobby der LDP. Ursprünglich war vorgesehen, in dem straßenmäßig übererschlossenen Land jene Mittel dem allgemeinen Haushalt zuzuführen. Als die von Koizumi mühsam gebändigte parlamentarische Baulobby gegen die Beschneidung ihrer Füllhörner mobilisierte, knickte Abe ohne Anzeichen von Widerstand ein (FUSTER 2007). Die für »notwendig« erachteten neuen Straßenbauten werden noch weiter *sine die* aus den großzügig dotierten Sonderfonds finanziert.

Lediglich bei der Haushaltskonsolidierung wurde der von Koizumi eingeleitete Sanierungsprozess fortgesetzt. Die Neuverschuldung konnte dank vermehrter Steuereinnahmen und marginaler Kürzungen bei Bauprojekten und der Entwicklungshilfe (-3,5% bzw. -4%) um ein Sechstel auf 162 Milliarden Euro reduziert werden. Dies entspricht bei diesem »Spar«haushalt immerhin noch einem Anteil von 31% der Ausgaben. Finanzminister Kōji Omi verkündete, er wolle bis 2010 den Haushalt – freilich ohne Schuldendienst (der zur Zeit, bei Niedrigstzinsen, 140 Milliarden Euro jährlich ausmacht) – ausgleichen. Dazu deutete er eine Verdoppelung der Verkaufssteuern auf 10% an. Den Rest soll die gute Konjunktur erledigen (PILLING 2006d und 2007d). Gleichzeitig wurde der Schattenhaushalt der Postbank, der bei Koizumis Amtsantritt im Jahr 2001 noch 250 Milliarden Euro an Bauprogrammen finanzierte, im Jahr 2007 weiter auf 100 Milliarden Euro zurückgeführt.

Im Vorlauf zu den Oberhauswahlen vom 28. Juli 2007 waren Steuererhöhungen, Rentenkürzungen und höhere Pensions- und Gesundheitsbeiträge verständlicherweise kein Thema mehr. Doch zogen auch Abes außenpolitische Erfolge und patriotische Themen bei den Wählern nicht. Auch stellte sich das Vertrauen der LDP in die auch nach der Wahlrechtsreform von 1994 unübertroffene Stärke der LDP-Abgeordneten in ihren Heimatwahlkreisen durch persönliche Unterstützernetzwerke (*koenkai*) (BLECHINGER 1998: 110; SVEINSDOTTIR 2003: 120; ROTHACHER 2006: 402–404), die bisher die politischen Fehler der Regierung meist neutralisieren konnten, im Fall der Oberhausabgeordneten als trügerisch heraus. Hatte man

mit einem negativen Votum der politisch wankelmütigen Wechselwähler in den Metropolen fast schon gerechnet, so kam die Niederlage in den ländlichen LDP-Hochburgen – mit insgesamt 23 der 29 ländlich geprägten Einzelwahlkreise gingen ganz Shikoku, Mittel-Kyūshū, und die meisten Präfekturen in Tohoku und am Japanischen Meer verloren – einem politischen Erdbeben gleich (AKAGAWA 2007). Die dortigen Wähler fühlten sich vom Aufschwung des Dienstleistungssektors und der Exportindustrien im Angesicht der Deindustrialisierung der Peripherie und der Abwanderung ihrer Zulieferindustrien ausgeschlossen, von der Reduzierung der staatlichen Infrastrukturprogramme benachteiligt, von erhöhten Regionalsteuern bestraft und von der befürchteten Agrarliberalisierung im Zuge der beabsichtigten Verhandlungen um ein Freihandelsabkommen mit den USA von Tokyo unverstanden und alleingelassen. Hatte Koizumis Charisma durch mediale Effekte und eine Masse an Sympthiestimmen eigentlich unpolitischer städtischer Wechselwähler die Unzufriedenheit der LDP-Stammwähler im Hinterland noch erfolgreich überspielen können, so traf sie den charismafreien Abe, der als Establishment-Figur weder mit medialen noch Wähler-Sympathien rechnen konnte, direkt und ungebremst.

Dagegen hatte die DPJ unter Ichirō Ozawa einen Wahlkampf nach Art der alten LDP geführt: mit dem Versprechen wiederaufgelegter defizitfinanzierter Bauprogramme und immerwährender Agrarprotektion (NEIDHART 2007b) – und damit prompt 23 ländliche Einzelwahlkreise und die Mehrheit im Oberhaus gewonnen. Der Wahlsieg der Demokraten war jedoch nach allgemeiner Einschätzung weniger ihr Verdienst, als dem Versagen der Regierungsparteien zu danken. Angesichts verlässlich zu allen Themen aufflackernder Kämpfe zwischen ihren heterogenen Ursprungsfraktionen (KÖLLNER 2005) – von den LDP-Renegaten der einstigen Tanaka-Kanemaru Fraktion um Ozawa bis zu den rechtssozialdemokratischen Rengo-Gewerkschaftlern und etlichen einstigen Splitterparteien – halten 70% der Bürger die DPJ für regierungsunfähig (SCHNEPPEN 2006), wahrscheinlich zu Recht.

Für den politisch schwer angeschlagenen Abe, der sich nach seiner Wahlniederlage nur deshalb im Amt halten konnte, weil sich die LDP-Fraktionschefs auf keinen konsensfähigen Nachfolger einigen konnten, bedeutet das Wahlergebnis mit einer feindlichen Oberhausmehrheit weniger ein formelles Blockadeproblem – schließlich lassen sich der Haushalt und internationale Verträge mit einfacher Unterhausmehrheit und Gesetze mit seiner Zweidrittelmehrheit gegen das Oberhaus durchsetzen – als vielmehr angesichts wachsender innerparteilicher Widerstände das mutmaßliche endgültige Ende aller Reformprojekte während seiner Amtszeit. Dazu zählen neben seinen persönlichen Leidenschaften, der Verfassungsreform und der patriotischen Schulerziehung, auch die unerledigten Agenden Koizumis

der Haushaltskonsolidierung, der Privatisierungen, Deregulierungen und der Renten-, Sozial- und Steuerreformen. Dabei dürfte der Druck der Bau- und Agrarlobbies und der sich in ihren Wahlkreisen bedroht fühlenden LDP-Unterhausabgeordneten nach einer Wiederauflage der Bauprogramme und der Zementierung der Agrarprotektion unwiderstehlich zunehmen.

5 Schlussfolgerungen

Mit Blick auf die Bewältigung der Deflationskrise von 1992 bis 2002, die mit 270% des BIP fast drei Jahresleistungen der japanischen Wirtschaft kostete, ist die Frage nach den Verursachern und den Opfern legitim. Verursacht haben die Immobilien- und Aktienblase jene Groß- und Regionalbanken, die nach dem Plaza Akkord von 1987 das auf Druck der US-Amerikaner billige Geld der Zentralbank jedweden Bau- und Immobiliengesellschaften und an *zaitech*-Finanzartisten aller Art kritiklos und prüfungsfrei verteilten. Wer dazu in der Lage war – von den noblen Führungsetagen der *keiretsu*-Konzerngruppen über große Teile der politischen Klasse bis zu Gangsterbossen – beteiligte sich an der rauschartigen Bonanza.

Bezahlt wurde (und wird) die Zeche von anderen. Dazu zählen die aktuelle und die nächste Generation der Steuerzahler, mit deren Mitteln die Banken und die Bauindustrie saniert wurden und werden. Ihren Steuerzahlungen entsprechen bis zum Abarbeiten des staatlichen Schuldenbergs keine adäquaten staatlichen Dienstleistungen oder Transfers. Weiterhin die Besitzer von Sparguthaben und Anleihen, die seit 15 Jahren auf adäquate Verzinsungen ihres ersparten Kapitals verzichten müssen, sowie die Arbeitnehmerschaft, deren Arbeitsplätze unsicher, deren Karrieremöglichkeiten beschnitten und deren Einkommen gekürzt werden. Von den 3 Millionen Arbeitslosen und den angeblich 450 000 Selbstmorden (NAMIHEI 2006: 19) seit Beginn der Krise ganz zu schweigen.

Die schieflastige Verteilung der Verursacher-/Opferrollen sollte bei der Beurteilung der aktuellen Wirtschafts- und Fiskalpolitik nicht außer Sicht bleiben. Der aktuelle Kurs des Machtkartells von LDP, Großkonzernen und Zentralministerien zielt eindeutig auf eine weitere Belastung der Lohnempfänger (eingefrorene Löhne, unbezahlte Überstunden) (SANCHANTA 2006b), der Verbraucher (höhere Verkaufsteuern) und der Rentner (Kürzungen). Sie entlastet durch fortgesetzte regulative Importprotektion, Subventionen (Forschung und Entwicklung, überbeuerte Infrastrukturbauten) und Steuerkürzungen die Unternehmenseite und ermöglicht durch einen künstlich reduzierten Yen-Kurs Rekordgewinne im Export (CALLAN 2007). Dies wäre hinnehmbar, wenn die Mehrzahl der Unternehmen zur Stärkung

ihrer Wettbewerbsfähigkeit ihre Produktivität und Rentabilität erhöhten und ihre Kernkompetenzen durch Restrukturierungen stärkten oder Defizite in der physischen Infrastruktur beheben würden. Dies ist aber nicht der Fall (DE JONQUIERES 2006). Stattdessen wird wieder, wie in schlechten alten Zeiten, das billige Kapital unproduktiv in Überkapazitäten, ungenutzte Infrastruktur und glitzernde Wolkenkratzen (FINSTERBUSCH 2006b) vergeudet.

Die nächste Krise kommt also bestimmt – spätestens nach einer Yen-Aufwertung nach dem Platzen der *carry trades* oder nach Konjunkturabkühlungen in den USA, China und der EU. Nur trifft sie diesmal ein schwer angeschlagenes Japan – in seiner Wettbewerbskraft, seinen Staatsfinanzen, in seiner Vitalität und Demographie (ROTHACHER 2007b: 375–81). Es ist eine tragische Ironie, dass ausgerechnet diejenigen, die durchaus glaubwürdig und emotional öffentlich darstellen, ihrem Land aus patriotischen Motiven zu dienen, so im Netzwerk des Eisernen Machtdreiecks verfangen sind, dass sie zum Schaden Japans und seiner Zukunft auf konsistente Reformen des sozialen Ausgleichs, des effizienteren Regierens und der demographischen Revitalisierung verzichten. Es ist dann nur ein schwacher Trost, dass die Verhältnisse in Deutschland, Italien und Frankreich nicht viel besser sind.

Literaturverzeichnis

- ABE, SHINZŌ (2006), *Utsukushii kuni e* [Zu einem schönen Land], Tokyo: Bungei shunjū
- AKAGAWA, ROY (2007), *Asahi.com* 30.7.2007
- ASAHI SHINBUN (2006a), 5.2.2006
- ASAHI SHINBUN (2006b), 3.10.2006
- BERNDT, ENNO (2007), »Abstieg auf japanisch«, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 4'07, S. 396–399
- BLECHINGER, VERENA (1998), *Politische Korruption in Japan*, Hamburg: Institut für Asienkunde
- CALLAN, EOIN (2007), »Carmakers in US press Paulson over weak yen«, in: *Financial Times* 30.3.2007
- CHUNG, JOANNA (2007), »Carry trade under pressure as yen sees big gains against US dollar«, in: *Financial Times* 3.3.2007
- COOKSON, CLIVE (2006), »Diminished Japan aims to turn baby bust into baby boom«, in: *Financial Times* 14.6.2006
- CURTIS, GERRY (2006), »The Mystery Prime Minister«, in: *Newsweek* 9.10.2006

- ECONOMIST INTELLIGENCE UNIT (2006), »Japan Economy: Consumption Conundrum«, in: *EUI ViewsWire* 28.12.2006
- DE JONQUIERES, GUY (2006), »Japan cannot afford to ignore the iconoclasts«, in: *Financial Times* 21.12.2006
- DIE PRESSE (2007), »Yen Kredite möglichst schnell zurückzahlen«, 17.3.2007
- FINSTERBUSCH, STEPHAN (2006a) »Unser Geschäft ist die Innovation«, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* 26.10.2006
- FINSTERBUSCH, STEPHAN (2006b), »Tokio im Höhenrausch«, in: *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung* 30.4.2006
- FLYNN, FINBARR (2007), »Abe's reform efforts threatened by bureaucrats«, in: *Bloomberg.com* 5.3.2007
- FOLJANTY-JOST, GESINE (2006), »Dezentralisierung als Herausforderung lokaler Demokratie?«, in: BLECHINGER-TALCOTT, VERENA et al. (Hrsg.), *Politik in Japan*. Frankfurt/M.: Campus Verlag, S. 63–82
- FUSTER, THOMAS (2007), »Abe ohne Schwung und Ideen«, in: *Neue Zürcher Zeitung* 22.1.2007
- IWASAKI, IEO (2006), »Consumption trends and the maturing Japanese economy«, in: *Japan Economic Foundation Journal* 2/2006
- KANEDA, HIDEAKI (2006), »Shinzo Abe must remain vigilant to reform Japan«, in: *Taipeh Times* 13.10.2006
- KATZ, RICHARD (2006), »Abe must be bolder on economic reform«, in: *Financial Times* 21.11.2006
- KINGSTON, JEFFREY (2007), »Abe should focus on domestic issues that worry voters«, in: *Financial Times* 31.1.2007
- KÖLLNER, PATRICK (2005), »Führungswechsel in der DPJ: Hintergründe, Personalentscheidungen und Perspektiven«, in: *Japan aktuell* 13, 6, S. 5–10
- LEON-DUFOUR, SIXTINE (2006), »Travailler ou enfanter, le dilemme des Japonaises«, in: *Le Figaro* 28.10.2006
- MALLET, VICTOR (2007), »Japan is back – and not just as an economy«, in: *Financial Times* 22.3.2007
- MATSUBARA, RYUICHIRO (2006), *Merits and Demerits of Deregulation*, Tokyo: Foreign Press Center
- MIURA, ATSUSHI (2005), *Karyu shakai* [Abstiegsgesellschaft], Tokyo: Kobunsha Shinshō
- MÜLLER, ANDREAS und MARTIN SEIBERT (2007), »Mobile Solutions in Japan«, in: MOERKE, ANDREAS und ANJA WALKE (Hrsg.), *Zukunftsindustrien in Japan*. Heidelberg: Springer, S. 203–224

- NAKAMOTO, MICHIO (2007a), »Rising land prices have ripple effect across Japan«, in: *Financial Times* 23.3.2007
- NAKAMOTO, MICHIO (2007b), »Abe fails to shore up his sagging popularity«, in: *Financial Times* 28.1.2007
- NAKAMOTO, MICHIO (2007c), »Market failure: Why Tokyo is losing ground to New York and London«, in: *Financial Times* 8.5.2007
- NAKAMOTO, MICHIO (2007d), »Abe seeks to relax financial regulation«, in: *Financial Times* 23.4.2007
- NAMIHEI, ODAIRA (2006), »Mal-vivre au Soleil-Levant«, in: *Le Monde Diplomatique* Mai 2006
- NEIDHART, CHRISTOPH (2007a), »Das Ende des ›schönen neuen Landes‹«, in: *Weltwoche* 08/2007
- NEIDHART, CHRISTOPH (2007b), »Klug, erfahren, arrogant«, in: *Süddeutsche Zeitung* 1.8.2007
- ORGANIZATION FOR ECONOMIC COOPERATION AND DEVELOPMENT (2006), *Economic Surveys Japan*, Paris: OECD
- OTA, HIROKO (2007), »Interview: Abe under pressure to inject urgency into his economic policy«, in: *Financial Times* 12.1.2007
- PILLING, DAVID (2006a), »Land of the rising inequality coefficient«, in: *Financial Times* 14.3.2006
- PILLING, DAVID (2006b), »Tokyo pushes through patriotic laws«, in: *Financial Times* 16.12.2006
- PILLING, DAVID (2006c), »Tokyo seeks to eliminate state debt guarantees«, in: *Financial Times* 26.10.2006
- PILLING, DAVID (2006d), »Japan looks to balance budget early«, in: *Financial Times* 21.12.2006
- PILLING, DAVID (2007a), »Japan's rising concern over income disparity set to become election issue«, in: *Financial Times* 11.1.2007
- PILLING, DAVID (2007b), »Japanese employers resist pay pressure«, in: *Financial Times* 16.1.2007
- PILLING, DAVID (2007c), »Politics, logic and splits: much ado about BoJ doing nothing on rates«, in: *Financial Times* 2.2.2007
- PILLING, DAVID (2007d), »Rising no more: why Abe is in trouble months after becoming Japan's leader«, in: *Financial Times* 6.2.2007
- PILLING, DAVID (2007e), »The Prince has yet to find his feet«, in: *Financial Times* 23.4.2007
- PILLING, DAVID (2007f), »Japan's defense minister quits after gaffe on Hiroshima«, in: *Financial Times* 4.7.2007

- PLENDER, JOHN (2007), »An accountability gap is holding back Japan's economy«, in: *Financial Times* 15.3.2007
- ROTHACHER, ALBRECHT (1989), *Japan's Agro-Food sector. The Politics and Economics of Excess Protection*, London: Macmillan
- ROTHACHER, ALBRECHT (1991), »Agrarpolitik: Hyperprotektion und die Folgen«, in: ROTHACHER, ALBRECHT (Hrsg.), *Landwirtschaft und Ökologie in Japan*, München: iudicium, S. 64–75
- ROTHACHER, ALBRECHT (2006), »After the banquet: Japan's power elite revisited«, in: *Asia Europe Journal* 4, 2006, S. 399–416
- ROTHACHER, ALBRECHT (2007a), *Die Rückkehr der Samurai. Japans Wirtschaft nach der Krise*, Heidelberg: Springer
- ROTHACHER, ALBRECHT (2007b), *Mythos Asien? Licht- und Schattenseiten einer Region im Aufbruch*, München: Olzog Verlag
- SAMUELS, RICHARD J. (2006), »Koizumi's legacy«, in: *International Herald Tribune* 29.6.2006
- SANCHANTA, MARIKO (2006a), »Tragedy of school suicides shifts focus to Japan's education system«, in: *Financial Times* 30.11.2006
- SANCHANTA, MARIKO (2006b), »Japan's overtime work – paid late or never – hits record«, in: *Financial Times* 27.11.2006
- SATO, TOSHIKI (2000), *Fubyodo shakai nihon. Sayonara sochuyu* [Japans ungleiche Gesellschaft. Auf Wiedersehen umfassende Mittelschicht], Tokyo: Chuo koron-sha
- SCHNEPPEN, ANNE (2006), »Ozawa führt Japans Opposition an«, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* 8.6.2006
- SVEINSDOTTIR, HILDA (2003), »Inheriting the ›Conservative Kingdom‹ in Ibaraki«, in: REED, STEVEN R. (Hrsg.), *Japanese electoral politics. Creating a new party system*, London: Routledge Curzon, S. 105–121
- TACHIBANAKI, TOSHIKI (1998), *Nihon no keizai kakusa* [Japans wirtschaftliche Disparitäten], Tokyo: Iwanami shoten
- The Japan Times* (2007), 10.2.2007
- TURNER, DAVID (2007), »Japan pay deals offer workers baby bonus«, in: *Financial Times* 22.3.2007
- WALKE, ANJA, (2007) »Life Sciences und Biotechnologie in Japan«, in: MOERKE, ANDREAS und ANJA WALKE (Hrsg.), *Japans Zukunftsindustrien*, Heidelberg: Springer, S. 79–102
- WALSH, BRYAN (2006), »The Abe Enigma«, in: *Time* 11.9.2006
- WALSH, BRYAN (2007), »Can Shinzo Abe find his way?«, in: *Time* 15.2.2007

- WIECZOREK, IRIS (2007), »Der Nanotechnologiemarkt in Japan«, in: MOERKE, ANDREAS und ANJA WALKE (Hrsg.), *Japans Zukunftsindustrien*, Heidelberg: Springer, S. 145–68
- YAMAGUCHI, JIRŌ (2001), »Result of Unfinished Reforms – Structure of Political and Administrative Reform in Japan«, in: BOSSE, FRIEDERIKE und PATRICK KÖLLNER (Hrsg.), *Reformen in Japan*, Hamburg: Institut für Asienkunde, S. 71–87
- YAMAMOTO, YŪJI (2007), »Interview: ›Japan needs more financial competition‹«, in: *Financial Times* 2.3.2007